DEUTSCHLAND

GEWERKSCHAFTEN

Ja zum Schumanplan

Nachdem erster Gewerkschaftsvorsitzender Christian Fette auf dem Essen des „Vereins der Auslandspresse" am 24. August in Bonn sein Bekenntnis zum Schuman-Plan und einem deutschen Verteidigungsbeitrag abgelegt hatte, warf sich Rix Löwenthal, Bonner Vertreter des Londoner „Observer", in eine Taxe und raste zum Venusberg. Dort residiert Dr. Kurt Schumacher.

Denn Christian Fette war in seinem Speech vor den Auslandsjournalisten sehr deutlich geworden: ihm „persönlich nicht ganz wohlwollende starke Politiker der SPD" hätten sich mit Wollust auf den unvorsichtigen Satz aus dem Telegramm des Vizekanzlers Blücher an Kanzler Dr. Adenauer gestürzt, der von „Einfangen" der Gewerkschaften spricht.

Diesen Satz hatte Blücher, der sich bei seinem außenpolitischen Debut in Paris als Anhänger der Geheim-Diplomatie bezeichnet hatte, *offen* an den Kanzler telegrafiert: „Bin in keiner Weise von der Möglichkeit überzeugt, daß gestrige Verhandlungspartner politisch in dem von Ihnen gewünschten Sinne eingefangen werden können." Gemeint war Fettes Gemeinschaftsdelegation zum Bürgenstock.

Daß Fette dennoch von Adenauer eingefangen worden ist, argwöhnt SPD-Chef Schumacher offensichtlich, nachdem Fette zur Rechtfertigung seines Verhaltens auch noch erklärte: Die Gewerkschaften dürften ihre Entscheidung nicht nach dem Gesichtspunkt treffen: „Wie halte und vermehre ich meine Mitglieder?" Nur dadurch, daß man jetzt schon aktiv mitarbeite, könne man sich eine gewerkschaftliche Position im Schumanplan sichern.

Schon seit dem 22. Juni, als Christian Fette auf dem Essener Gewerkschaftskongreß, unmittelbar nach seiner Wahl zum DGB-Vorsitzenden, eine Pressekonferenz abhielt, um dort erstmals „Ja" zum Schumanplan zu sagen, sind Fette (trotz 38 SPD-Parteijahren) und Schumacher parteipolitisch nur noch entfernte Verwandte.

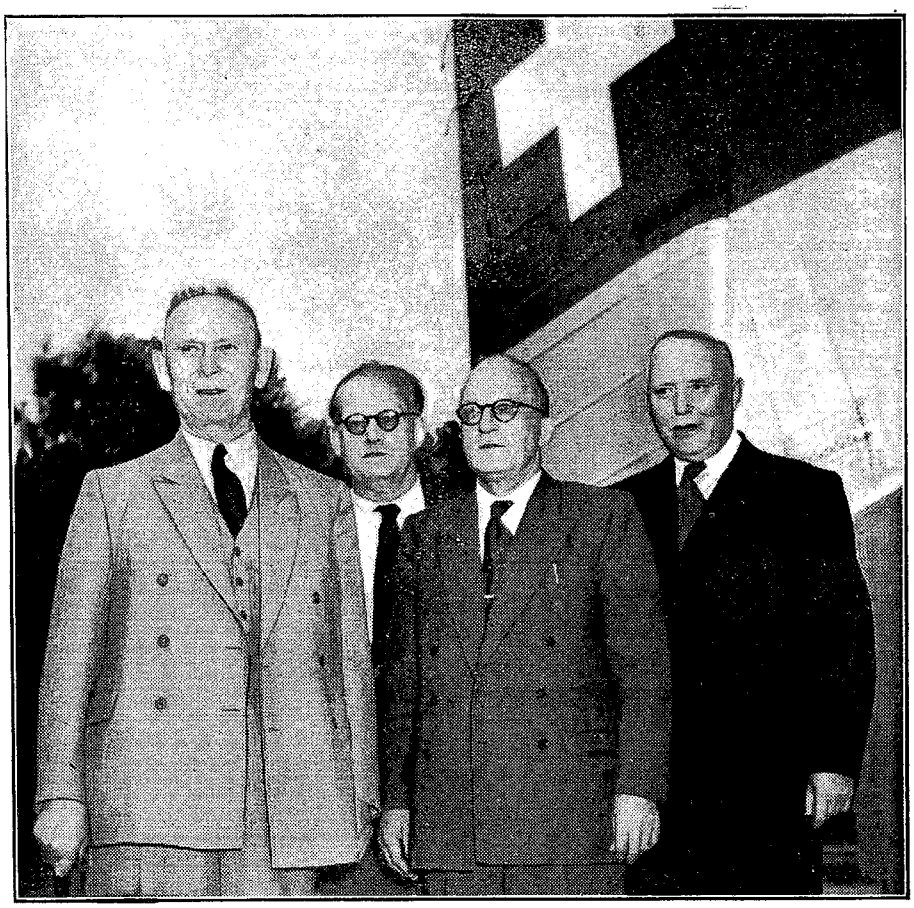
Christian Fette konnte „Ja" zum Schumanplan sagen, weil ihm zwei Stunden vorher der Kongreß — gegen 59 Stimmen, die auf Walter Freitag entfielen — mit 185 Stimmen das Mandat dazu gegeben hatte.

Damit war die Fraktionssitzung der SPD-Sozialausschüsse in Recklinghausen, ein paar Tage vor dem Kongreß, umsonst gewesen. In Essen hatte Christian Fette seinem Parteivorsitzenden Kurt Schumacher eine eklatante Niederlage beigebracht. Das hat es seit dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß von 1902, auf dem Maurer-Boss Theodor Bömelburg das später geflügelte Wort „Partei und Gewerkschaften sind eins" sprach, noch nicht gegeben.

Die Lage verschärfte sich, als der „Sozialdemokratische Pressedienst" in Bonns Friedrich-Ebert-Allee 170 am 29. August in seinem Leitartikel unter dem Stichwort „In Gewerkschaftskreisen sieht man die Lage anders" deutlich von Fette abrückte:

„Sehr viele Gewerkschaftler haben jenes verräterische Wort von ‚einfangen' aus dem Blücherschen Telegramm noch nicht vergessen und auch nicht, daß es in gut zwei Stunden zu einer Einigung zwischen dem Kanzler und seinem ständigen Stellvertreter in der Bundesregierung kam — auf wessen Kosten?" — Damit sind die Beziehungen zwischen DGB und SPD ungefähr auf dem Nullpunkt angelangt.

In Vorahnung kommender Dinge hatte Christian Fette beim Flug zum Bürgenstock auch die radikalen Häupter seines Bundesvorstandes zum Kanzler mitgenommen: den Führer der Metallarbeiter, Gewerkschaftssprecher in der SPD-Bundestagsfraktion Walter Freitag, dann die Mitbestimmungsspezialisten Hans vom Hoff und Erich Bührig vom DGB-Bundesvorstand und den Bergarbeiter-Vater August Schmidt, 73. Der mußte auch noch den Bürgenstock hinauf, damit seine radikalen Grubenkumpels (die den Alten ständig nach links drängen), nachher nicht sagen könnten, die Gewerkschaften seien auf dem Bürgenstock verkauft worden.



Was war nun auf dem Bürgenstock?
Gewerkschaftsdelegation Schmidt, Bührig, Fette, Freitag

Was war nun auf dem Bürgenstock los? Welchen Preis war der Bundeskanzler zu zahlen bereit für das Ja-Wort des DGB zum Schumanplan und zur Verteidigung? Darüber Christian Fette vor den Bonner Auslandsjournalisten:

Der Bundeskanzler bot Fette an, einen Verbindungsmann als Staatssekretär oder Ministerialdirektor ins Bundeswirtschaftsministerium zu schicken. Das hielt Fette für bedenklich, solang der Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard heißt.

Der Kanzler trug seine Absicht vor, einen 60köpfigen Beirat zu ernennen, der ihn in wirtschaftlichen Fragen beraten soll. Zwei Mann sollten Gewerkschaftler sein. Das war Fette zu wenig.

Zur Sozialisierung der Grundstoffindustrie sagte der Kanzler, daß die CDU nach wie vor auf den Grundsätzen des Ahlener Programms beharre. In der Spezialfrage der C-Gesellschaften des westdeutschen Steinkohlenbergbaus sei der Kanzler mit Fette der gleichen Auffassung gewesen, daß sich eine Neuordnung des Bergbaus nicht auf die A-Gesellschaften (13 Unternehmen aus entflochtenen Altkonzernen) beschränken könne.*)

Um in der Mitbestimmungsfrage weiter zu kommen, werde sich der Kanzler für die Errichtung eines Bundeswirtschaftsrates einsetzen. Darauf legen die Gewerkschaften nach Fette besonders großen Wert, da es mit der Mitbestimmung auf betrieblicher Ebene allein nicht getan sei.

Der Kanzler lehnte jedoch Landeswirtschaftsräte ab. Hierzu Fette in Bonn: „Da die Gewerkschaften aber gerade diese Mittelinstanz für das Herzstück der ganzen Mitbestimmung halten, sei nun daran gedacht, eventuell die bestehenden Industrie- und Handelskammern so umzubauen, daß sie paritätisch zusammengesetzt sind."

Worauf alle Auslandsjournalisten, nachdem Christian Fette geendet hatte, der Auffassung waren, daß es dem Bundeskanzler doch gelungen war, Fette trotz Blüchers Telegramm „einzufangen".

Denn mit der erstrebten Parität in den Gremien einer überbetrieblichen Mitbestimmung hat es noch gute Weile, wie der Entwurf für ein Bundesgesetz über die Schaffung des Bundeswirtschaftsrats mit nur beratender Funktion (ähnlich dem Reichswirtschaftsrat der Weimarer Zeit) beweist.

*) Die Gewerkschaften wollen verhindern, daß die Privatbesitzern gehörenden ehemals konzernfreien Gruben (heute C-Gesellschaften genannt) wieder uneingeschränkt ihren alten Eigentümern zurückgegeben werden. Diese Rückgabe läuft den gewerkschaftlichen Sozialisierungsbestrebungen in der Grundindustrie zuwider.

Dieser im Bundeswirtschaftsministerium jetzt fertiggestellte und dem Kabinett demnächst zugehende Entwurf sieht 60 Köpfe „der ersten Garnitur" vor. (DGB-Vorschlag: 150 Bundeswirtschaftsräte.)

Der Grundfrage jedoch, ob der Bundeswirtschaftsrat paritätisch zusammengesetzt sein soll (also 50 Prozent Gewerkschafter), wich der Bundeskanzler aus.

Da der Taktiker Konrad Adenauer in dieser entscheidenden Paritätsfrage kein Zugeständnis machte und auch über den Umbau der Industrie- und Handelskammern schwieg, bürstet Bonns SPD-Pressedienst sein 38-Jahre-Erzmitglied Christian Fette ganz gehörig ab:

Inwiefern könne man eigentlich von einer Einigung sprechen, zumal auch in den Spezialfragen des elften Mannes in den Aufsichtsräten der Kohle- und Eisenunternehmungen, der Gewerkschaftsforderung nach einer vernünftigen Neuordnung im Kohlenbergbau (C-Gesellschaften) und vor allem der Wiedereinsetzung der Altbesitzer in ihre alten Rechte (Aktienumtausch) kein Uebereinkommen erzielt wurde?

Wie wenig alles in schönster Ordnung ist, zeigt jetzt wieder die neueste Kontroverse zwischen dem DGB und den Koalitionsparteien, der DP und insbesondere der FDP, über deren Versuch, die Gewerkschaften zu spalten und die „gelben Werkvereine" wieder ins Leben zu rufen.

Diese Entscheidung liegt aber nicht bei der FDP, sondern im verschwiegenen Köln. Ueber die Eskapade der Düsseldorfer FDP, „christlich-nationale" Gewerkschaften aufzuziehen, hat man selbst beim Bundesverband der deutschen Industrie am Kaiser-Wilhelm-Ring nur den Kopf geschüttelt. Niemand denkt in Köln ernsthaft daran, das Tischtuch nach Düsseldorf zu zerschneiden.

Allerdings, wenn die Gewerkschaften ihre Drohung, aus den wirtschaftspolitischen Gremien auszuscheiden, wahrmachten, hätten die Unternehmer ein Gegendruckmittel: sie würden die Kassierung der Gewerkschaftsbeiträge über die Lohntüten in den Betrieben einstellen. Das wäre sehr unangenehm für den DGB.

PLATOW

Der Staat

In Hamburgs Esplanade Nr. 6 wünschte ein „Herr Kramer" den Chef des Informationsbüros Dr. Platow zu sprechen. Als Sekretärin Frau von Postel bedauernd ablehnte, meinte der Besucher: „Es wird Herrn Platow aber bestimmt interessieren." Das war nicht übertrieben. Die eigene Verhaftung wegen Verdachts aktiver Beamtenbestechung und der Veröffentlichung von Geheimdokumenten war auch für den stets gut informierten Robert Platow mindestens hinsichtlich des Termins ein kleiner Ueberraschungseffekt.

Nach einigen Höflichkeiten ging Oberstaatsanwalt Kramer vorbei an dem großen Wandteppich mit dem Blumenmuster zum Fenster und nickte mit dem Kopf. Zwölf Polizisten postierten sich darauf vor den Eingängen. Platows Dutzend Angestellte wurde in einem Raum zusammengetrommelt. Sprechverbot; zur Toilette nur mit Polizeibegleitung.

Sonderbeauftragte aus Bonn machten sich an die Durchsuchung. Sie beschlagnahmten Akten, Honorarquittungen und Rohmaterial der Platowschen „Vertraulichen Informationsbriefe", an denen die Bundesregierung seit langem ärgerlichen Anstoß genommen hatte. Die Beamten waren noch am Durchsuchen, als gegen Nachmittag ein Eilbrief mit dem Absender Verkehrsminister Seebohms eintraf.

Platow hatte sowohl illustre Lieferanten als auch Abnehmer. Unter den fast zweitausend Beziehern seines Dienstes fanden sich neben Hochkommissar Francois-Poncet viele Zeitungsleute, Politiker, Behörden und bekannte Wirtschaftsführer. Besonders für die Wirtschaft waren von Platow verkaufte Einzelmeldungen wertvoll, die neben harmlosem Pressekram täglich aus seinem Büro herausgingen.

Vorher zu wissen, wie die gesetzliche Regelung von Zucker-, Sonderumsatz- und Aufwandssteuer sein wird oder werden kann, war vielen schon 300 oder 350 Mark pro Monat wert. Referentenentwürfe zu neuen Gesetzesvorschlägen waren in Platows Meldungen ausführlich zu finden. Die betroffenen Wirtschaftszweige reagierten dank Platows Dienst so schnell, daß Fi-



Aus welchen Kanälen
Wirtschaftsinformant Robert **Platow**

nanzminister Schäffer gleichzeitig mit dem Referentenentwurf bereits die negativen Kommentare der Presse und die Proteste der Verbände vorgelegt bekam.

Robert Kurt Albert Platow, 51, hat sich Zeit seines Lebens etwas darauf zugute gehalten, besser und schneller informiert zu sein als die anderen. Der fixe, freundliche Hamburger hat eine erstklassige Informationslaufbahn hinter sich. Nach der Assistentenzeit am Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel ging er als Wirtschaftsjournalist zur wohlrenommierten „Magdeburgischen Zeitung" und war Mitarbeiter hervorragender Blätter, wie des „Berliner Tageblatts", der „Vossischen Zeitung", der „Kölnischen Zeitung" und des „Pester Lloyd".

Schon als Berliner Wirtschaftskorrespondent — ab 1933 — der „Magdeburgischen Zeitung" fand er, daß seine Informationen zu schade seien, um nur einer einzigen Zeitung zugute zu kommen. Er verkaufte sie auch anderweitig und hatte deshalb manchmal Aerger mit den Magdeburgern. Das hörte auf, als Platow dank seiner guten Beziehungen zur Berliner Ministerialbürokratie — obwohl er selbst kein Nazi war, sondern aus der Richtung Deutsche Volkspartei kam — eine eigene selbständige Wirtschaftskorrespondenz aufmachen konnte, der er schon damals einen vertraulichen Informationsdienst angliederte.

Platow kam „bis auf zeitweilige Verbote seines Dienstes" heil durch die Hitlerzeit. Einflußreiche Freunde hielten ihre schützende Hand über ihn. So beispielsweise der Wirtschaftsreferent im Propagandaministerium, Dr. Schrötter. Schrötter schied später dort wegen freimaurerischer Belastung aus. Heute ist er Pressereferent im Bundesverkehrsministerium Bonn.

Das Handelsgeschäft mit Informationen lohnte sich. Platow verdiente sehr bald seine 5000 bis 6000 RM im Monat. Aber es war nicht ohne Risiko: Am 5. 7. 1936 trat der NS-Paragraph 353 c (Innenminister Frick) des Strafgesetzbuches in Kraft: „Wer unbefugt ein amtliches Schriftstück, das als geheim oder vertraulich bezeichnet worden ist, oder dessen wesentlichen Inhalt ganz oder zum Teil einem anderen mitteilt und dadurch wichtige öffentliche Interessen gefährdet, wird mit Gefängnis bestraft. In besonders schweren Fällen ist die Strafe Zuchthaus bis zu zehn Jahren."

Auf den gleichen Paragraphen sollte Robert Platow wieder festgenagelt werden, als das Bonner Justizministerium sein Büro im Frühjahr 1951 zu beschatten anfing. Letzten Anstoß gab ein Referentenentwurf über das Kartellgesetz, den das Wirtschaftsministerium ausgearbeitet, aber sehr bald als unzulänglich zurückgezogen hatte. Während im Justizministerium an einem zweiten Entwurf gearbeitet wurde, kam der erste über den Platow-Dienst in die Presse und wurde diskutiert; die Alliierten mischten sich ein. Es gab unnötigen Wirbel und eine Auseinandersetzung zwischen Wirtschaftsminister Erhard und Justizminister Dehler.

Thomas Dehler ließ nach der Quelle der Indiskretion forschen. Der Schuldige wurde entdeckt — ein Angestellter des Bundeswirtschaftsministeriums — und flog hinaus. Jetzt schalteten sich das Verfassungsschutzamt und das Bonner Bundeskriminalamt ein. Fingierte Meldungen wurden in bestimmte Dienstkanäle gegeben, um festzustellen, aus welchen Kanälen sie bei Platow wieder auftauchten.

In Hamburg selbst wurde eine Steuerprüfung vorgenommen. Hamburgs Oberfinanzdirektor aber lehnte es trotz Bonner Weisung ab, über den Erfolg oder Nichterfolg der Steuerprüfung Auskunft zu erteilen. Die hanseatischen Finanzämter weigerten sich auch, irgendeinen Namen aus der Platowschen Buchführung anzugeben. Da schickte Bonn den Oberstaatsanwalt Kramer mit seinem Aufgebot durch den hinteren Eingang Fehlandtstraße in Platows Esplanade-Büro.

Auf Grund der Konfidentenliste, die Platows Mitarbeiter Dr. Arno Wegrich bei sich trug, wurden rund fünfzehn Angestellte und Beamte verschiedener Bonner Ministerien — in erster Linie bei Finanz, Wirtschaft und Verkehr — vorläufig suspendiert. Staatsanwalt Schröder, Bonn, soll nun herausbekommen, ob ihre Arbeit für Platow unter die Strafgesetzparagraphen 331 und 332 (einfache und schwere passive Bestechung) und 353 b und c (Geheimnis- und Vertrauensbruch) fällt.

Das ist nicht einfach, denn wissenschaftliche Arbeiten zu schreiben und gegen Honorar zu veröffentlichen, ist einem Beamten erlaubt, Informationen aus seinem Tätigkeitsbereich zu verkaufen dagegen nicht.

Dr. Platow pflegte seine Informationen nie fürstlich zu belohnen, gemessen an dem Kapital, das er selbst und manche Bezieher aus den gelieferten Informationen schlugen. Finanzminister Schäffers Pressereferent Herbert Wolf beispielsweise stand